



Die vom Stadtrat verabschiedete Resolution zum Truppenübungsplatz geht auf dessen Bedeutung und die der dort übenden Truppen als größten Arbeitgebern der Region und als Auftraggebern für die heimische Wirtschaft ein. Außerdem ist er Rückzugsort für viele Tiere und auch deswegen bei speziell angebotenen geführten Touren ein sehr beliebtes Wanderziel.

Rat steht uneingeschränkt hinter dem „Platz“

Militär Resolution einstimmig verabschiedet

Von unserem Reporter

Michael Fenstermacher

M Baumholder. Sein Bekenntnis zum Truppenübungsplatz bekräftigt der Stadtrat Baumholder in einer Resolution zu dessen Bedeutung für die Region, die er in seiner jüngsten Sitzung einstimmig verabschiedet hat. Die Entschliebung wird an Bundesverteidigungsminister Thomas de Maiziere, Ministerpräsidentin Malu Dreyer, Landesinnenminister Roger Lewentz sowie weitere Vertreter von Politik und Militär versendet.

„Uneingeschränkt“ stelle sich der Stadtrat hinter den Truppenübungsplatz, heißt es im Schlussabsatz und weiter: „Bundeswehr und US-Army sind über die Jahrzehnte hinweg zu einem festen Bestandteil in unserer Stadt, unserer Verbandsgemeinde, unserer Region geworden.“ Die Resolution geht außerdem auf die immense Bedeutung des Übungsplatzes und der dort übenden Truppen als größten Arbeitgebern der Region und als Auftraggebern für die heimische Wirtschaft ein. Insgesamt sei er damit ein „durch nichts zu ersetzender Wirtschaftsfaktor“. Nach einem Abriss über die Geschichte des Übungsplatzes, dessen 75-jähriges Bestehen im Sommer gefeiert wurde, sowie über den Wandel in seiner militärischen Nutzung geht der Text auch auf Belastungen für die Anrainer aufgrund der militärischen Nutzung ein. Die Menschen in der Region hätten jedoch gelernt, diese „(...) Nachteile zu ertragen und Verständnis für die Belange der Streitkräfte zu zeigen. (...) Auch wenn Militärübungen zeitweise und im Einzelfall zu Beeinträchtigungen führen – so stehen doch die Menschen der Region mit großer Mehrheit zu ‚ihrem Truppenübungsplatz‘“.

Frank Meschenmoser bekräftigte die Zustimmung der von ihm geführten SPD-Fraktion und begrüßte es auch, dass die Resolution Belästigungen durch den Truppenübungsplatz nicht verschweigt. „Leserbriefe und Flugblätter bringen uns in dieser Hinsicht aber nicht weiter“, betonte er. Gemünzt war das auf Einwohner der Anrainergemeinden in der VG Birkenfeld, die immer wieder über militärischen Fluglärm über dem Truppenübungsplatz klagen und deren Verwaltungen derzeit juristische Schritte gegen die Bundeswehr prüfen.

Die FDP-Fraktionsvorsitzende Ingrid Schwerdtner wurde noch deutlicher: „Der Fluglärm wird nur als Vorwand genommen. In Wirklichkeit geht es um das eine oder andere Windrad, das nicht gebaut werden kann. Es hat früher viel mehr Lärm gegeben. Jetzt plötzlich soll er nicht mehr auszuhalten sein“, erklärte sie.

Der Vorschlag von Reimund Conrad (LFB), eine explizite Distanzierung von dem Flugblatt, mit dem die Ortsgemeinden zu einer Bürgerversammlung gegen Fluglärm eingeladen hatten, in die Resolution aufzunehmen, fand jedoch keine Zustimmung. „Damit würden wir diese Gruppe viel zu sehr aufwerten“, erklärte Andreas Pees für die SPD.